



# Burgwedel im F O K U S

Infobrief des Ortsvereins



Nr. 2 - Dez. 2007

## Wir gewinnen die Wahl!

Von Marco Brunotte

Die Wahl gewinnen? Naja. Vielleicht. Oder auch nicht? Bildung, Arbeit, Soziales, Umwelt, Wirtschaft, Inneres und vieles mehr. Unsere Themen sind klar und eindeutig: Gerechtigkeit kommt wieder. Gerechtigkeit kommt wieder mit der SPD. Gerechtigkeit kommt wieder mit Wolfgang Jüttner. Gerechtigkeit kommt wieder mit uns!

Es liegt an uns. An der Basis. An jedem Einzelnen.

Auf dem Landesparteitag im November in Oldenburg haben wir unsere Themen für die Landtagswahl beschlossen. Zentrales Element ist Bildung. Niedersachsen braucht eine Bildungspolitik, die Chancengerechtigkeit und einen freien Zugang zu Bildung garantiert. Wir müssen jungen Menschen eine Perspektive geben. Deshalb werden wir die Lernmittelfreiheit wieder einführen, für eine bessere Lehrerversorgung sorgen und die Studiengebühren abschaffen. Mit uns wird es endlich mehr Gesamtschulen geben. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen muss durchbrochen werden.

### Editorial

#### Klare Alternative am 27. Januar 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Landespolitik der letzten fünf Jahre ist keine Erfolgsgeschichte. CDU und FDP haben viele Weichen falsch gestellt: Besonders schwerwiegend sind die Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik. Die Lernmittelfreiheit wurde abgeschafft, das dreigliedrige Schulsystem zementiert und Studiengebühren eingeführt. Das sind die wichtigsten Beispiele dafür, wie die jetzige Landesregierung in der Bildungspolitik Kindern und Jugendlichen Chancen verbaut.

Alle Studien machen immer wieder deutlich, dass der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft von Kindern und ihren Bildungschancen nach wie vor ungebrochen ist. Es gibt zu wenige Lehrkräfte, zu viel Unterrichtsausfall und häufig zu große Klassen. Anders als in anderen Bundesländern hat es die Landesregierung versäumt, durch flächendeckende Ganztagschulangebote mit veränderten Unterrichtsformen und pädagogischen Konzepten gegenzusteuern. Im Gegenteil: Bis vor kurzem war sogar die Gründung von neuen



### Begabungsreserven erschließen

Ein zentraler Punkt unserer Bildungspolitik ist die Weiterentwicklung der Sekundarstufe I zur Gemeinsamen Schule. Mit der Gemeinsamen Schule

werden wir dort, wo die Eltern sie wollen, die bisherige Aufteilung nach der 4. Klasse aufheben. Skandinavien ist unser Vorbild. Durch die gemeinsame Beschulung mit Bildungs- und Förderangeboten werden individuelle Potenziale besser ausgeschöpft, Verständnis und Toleranz gefördert. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit muss *Fortsetzung auf Seite 2*

Gesamtschulen generell noch verboten. Dieses Gründungsverbot ist erst aufgrund der starken Nachfrage und des öffentlichen Druckes aufgeweicht worden. Das ist halbherzig und konzeptionslos.

An den Hochschulen wirkt sich die verfehlte Landespolitik ebenfalls aus: Neben massiven Mittelkürzungen ist auch ein gravierender Rückgang bei den Studierendenzahlen in Niedersachsen festzustellen: Fast 9.000 junge Menschen studieren heute weniger als im Wintersemester 2006. Und das, obwohl die Abiturientenzahlen steigen. Der Hochschulstandort Niedersachsen verliert zunehmend an Attraktivität. Auch vor dem Hintergrund, dass hochqualifizierte Fachkräfte fehlen, ist diese Entwicklung eine schwere Hypothek für die Zukunft. Die sozialdemokratische Antwort ist klar: Beitragsfreie Kitas, Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit, die Einrichtung von Ganztags- und Gemeinsamen Schulen - wenn die Eltern es wünschen -, das gebührenfreie Erststudium und die Stärkung der Hochschulen.

Herzlichst  
Andreas Strauch

Fortsetzung von Seite 1

zentrales Handlungsfeld der Landespolitik werden. Jeder junge Mensch hat das Recht auf eine Ausbildung.

### Gerechter Lohn für gute Arbeit.

Niedersachsen braucht Mindestlöhne. Jeder Mensch hat das Recht auf eine menschwürdige Arbeit und einen existenzsichernden Lohn. Menschen in Vollbeschäftigung müssen von ihrer Arbeit leben können. Deutschlandweit arbeiten mehr als 2,5 Millionen Menschen für Armutslöhne, von denen sie sich und ihre Familien nicht ernähren können. 600.000 vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer sind auf ergänzende Grundsicherungsleistungen angewiesen. Trotz Arbeit. Darum kämpfen wir für Mindestlöhne!



Marcos Team backt für Ehrenamtliche

### Für unser Politikangebot werben!

Nur zwei von vielen Themen, warum es sich zu kämpfen lohnt. Kämpfen müssen wir um jeden Wähler. Wir brauchen eine hohe Wahlbeteiligung. Die ständig steigende Anzahl an Nichtwählern ist nicht nur eine Gefahr für die Demokratie, sondern zeigt auch, dass die Menschen Vertrauen in die Politik verloren haben. Wir müssen diese Menschen in Burgwedel und Niedersachsen wieder aktivieren und zurückholen.

Wir wollen diese Menschen aber nicht nur für die Landtagswahl zurückholen. Gemeinsam wollen wir die SPD von unten erneuern. Lasst uns zusammen die SPD wieder zu ihrer alten Stärke führen.

Jetzt heißt es kämpfen. In den nächsten zwei Monaten müssen wir für unsere Themen und Ideen werben. In den nächsten zwei Monaten müssen wir mit vielen Menschen in den Dialog treten. Auf geht's ! Gemeinsam machen wir Niedersachsen gerechter!



**Der Ortsverein wünscht Euch  
ein schönes, ruhiges Weihnachtsfest  
und einen guten Rutsch ins neue Jahr!**



## Zur Sprache bringen

### Projektgruppe Bildung befasst sich mit vorschulischer Sprachförderung

Bildungspolitische Reformen sind überfällig um endlich eine gerechte Chancenverteilung zu ermöglichen. Die niedersächsische SPD bietet mit der Gemeinsamen Schule ein starkes Konzept für die Sekundarstufe I an, das geeignet ist, endlich den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen und so Begabungsreserven zu erschließen.

In die gleiche Richtung zielt der derzeitige Schwerpunkt der Projektgruppe Bildung unseres Ortsvereins, Wege und Möglichkeiten vorschulischer Sprachförderung auszuloten. Dass ein Kind die deutsche Sprache sicher beherrscht, ist elementare Voraussetzung für dessen Schulerfolg. Die derzeit durchgeführten Sprachtests und der darauf gegebenenfalls folgende Sprachunterricht ein Jahr vor der Einschulung sind sinnvoll aber dazu insgesamt zu wenig. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien

und benachteiligte deutsche Kinder brauchen eine frühzeitige Sprachförderung spätestens mit dem Kindertageeintritt. Ein beachtlicher Fortschritt: Im August 2007 beschloss der Rat der Stadt, jeder Burgwedeler Kita sieben Stunden Sprachförderung zu finanzieren. Hier gilt es nachzuhaken: Ist diese Stundenzahl bedarfsgerecht? Welche Mittel werden den ErzieherInnen an die Hand gegeben? Welche Wege gibt es vielleicht auch in der Kita, Eltern, insbesondere Mütter mit Migrationshintergrund, an die deutsche Sprache heranzuführen? Was geschieht mit den Kindern, die keinen Kindergarten besuchen? Diese und andere Fragen diskutieren wir mit eingeladenen Experten aus Kindergarten und Schule. Die Antworten werden kommunalpolitische sein und können wertvolle Impulse für die Fraktionsarbeit liefern. Damit in Burgwedel mehr Kinder über bessere Startbedingungen zum Schulbeginn verfügen.

Interesse mitzumachen? Wir treffen uns an jedem letzten Mittwoch im Monat um 20.00 Uhr im SPD-Haus.

# Ein „Denk-Mal“ für Großburgwedel

Von Rudi Gutte

62 Jahre nach Kriegsende beantragte der Ortsbürgermeister im März d. J. die Erweiterung des Ehrenmales für die beiden Weltkriege auf dem Friedhof in Großburgwedel. Sein Vorschlag war, die gefallenen und vermissten Großburgwedeler des 2. Weltkrieges namentlich aufzuführen. Eine Reflexion über die beiden bereits 1987 und 1997 gescheiterten Initiativen erfolgte nicht. Der damals mühevoll erreichte Kompromiss „Unseren Toten 1939 – 1945“ reichte nicht mehr aus.

Die Initiative kam für uns Sozialdemokraten aus heiterem Himmel, da die Tagesordnung nicht die übliche Antragsbegründung enthielt. Über den Sinn der Erweiterung zu diesem Zeitpunkt entbrannte im Ortsrat sofort eine emotionale kontroverse Debatte. In einer im Eilverfahren erfolgten Abstimmung stimmte die absolute CDU-Mehrheit im Ortsrat dem Antrag zu. Diese Eile war dem Thema unangemessen. Eine gründliche Beratung fand nicht statt. Trotzdem entschieden sich die 3



sozialdemokratischen Ortsräte, das Vorhaben grundsätzlich anzunehmen und konstruktiv zu begleiten.

In der Sitzung vom 10. Juli legten die SPD Vertreter eine schriftliche Stellungnahme vor, die wir hier unseren Mitbürgern zur eigenen Beurteilung vorlegen:

„Wir, die SPD, haben darum gebeten, 62 Jahre nach Kriegsende über die Art

und Weise der Erinnerung gut nachzudenken. Es sollte kein einfaches Kriegerdenkmal entstehen.

## Ein Denkmal für alle Opfer

Neben den gefallenen Soldaten des Ortes könnte z.B. auch unser damaliger jüdischer Mitbürger, der Arzt Dr. Albert David, der kurz vor seiner Deportierung in ein Vernichtungslager hier am Ort Selbstmord begangen hatte, genannt werden; außerdem Flüchtlinge, die in großer Zahl am Kriegsende zu uns kamen und hier am Ort in Folge des Krieges verstarben. Die Ortschronik spricht von 23 Opfern unter den Flüchtlingen.

Für uns kommt es darauf an, wofür und warum diese Menschen und Mitbürger sterben mussten.

62 Jahre nach Kriegsende muss ein Mahnmal anspruchsvoller sein als eine Namenstafel, so wie sie 1946/47 erstellt worden wäre. U.E. muss deutlich werden, dass Kriege und Gewalt keine Probleme lösen, sondern vergrößern oder sogar neue Kriege und Gewalt auslösen.

Die SPD-Fraktion sagt JA zu einem Mahnmal auf dem Friedhof als „Quelle der Erinnerung“, als Stätte des Gedenkens und der Mahnung zum Verzicht auf Krieg und Gewalt!

Wenn Mahnmale Sinn machen sollen, dann schärfen sie unser historisches Bewusstsein: eine „Quelle der Erinnerung“, die die verschiedenen Facetten der Vergangenheit reflektiert. Auch am Schicksal von Mitgliedern unserer Familien kann die Geschichte lebendig bleiben.

62 Jahre nach Kriegsende muss unsere Zielsetzung sein, den Missbrauch von Millionen junger Deutscher, deren Opferbereitschaft und Idealismus deutlich

werden zu lassen. Für die gefallenen Soldaten bedeutete der Krieg Pflichterfüllung bis in den Tod.

Den gefallenen Soldaten werden wir nicht gerecht, wenn nicht deutlich wird, wofür sie ihr Leben geopfert haben.

Zu dem von Hitler angestrebtem „Großgermanischen Reich deutscher Nation“ gehörten: Vernichtungslager, Morde an politisch Andersdenkenden, Kampf gegen die christlichen Kirchen, „Ausrottung“, der europäischen Juden, Tötung von „lebensunwertem Leben“, der Wille zur Vernichtung und Versklavung der slawischen Völker im Osten, und, und, und....

62 Jahre nach dem Zusammenbruch und Ende des Nationalsozialismus reicht eine einfache Namenstafel nicht aus, wenn wir den vielen Opfern und der Geschichte gerecht werden wollen.

Für uns müsste jede Erinnerung an Opfer des Krieges und Gewaltverbrechen eine Ächtung von Krieg und Gewalt beinhalten.

Ein in die Erde gestecktes umgedrehtes Gewehr etwa oder - wie in der portugiesischen Nelkenrevolution im April 74 – eine in die Gewehrläufe gesteckte Blume könnte ein Symbol dafür sein- Vielleicht gibt es aber auch noch eindrucksvollere Formen oder Worte?



Also ein eindeutiges JA zur „Quelle der Erinnerung“ mit einer eindeutigen Mahnung an die menschliche Katastrophe der Jahre 33 – 45 und schließlich mit dem Aspekt der „Versöhnung im Tode“; daher Erinnerung an alle Opfer.

### Keine einfache Aufgabe also!

Vielleicht lassen wir uns auch von Theologen der beiden Kirchen beraten und nehmen ihre Gedanken und Bewertungen in unserer Entscheidung mit auf.“



Über diese Stellungnahme hinaus zitieren wir die Rede unseres damaligen Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker, der am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag eindeutig klarstellte: „Der Wunsch, den Tod von Millionen einen Sinn zu unterlegen, denn sie dürfen nicht umsonst gestorben sein, verbot sich angesichts der

Verbrechen, zu deren Durchführung und Verdeckung auch die Wehrmacht instrumentalisiert worden war.“ Dieser Erkenntnis dürfen wir uns nicht verschließen.

Uns ist wichtig: Ohne die bedenkenlose Verfolgung und Vernichtung politisch Andersdenkender – Sozialisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, politisch engagierte Christen u.a. mehr -, ohne den Kampf gegen die christlichen Kirchen wäre der 2. Weltkrieg nicht möglich geworden. Die Verfolgung und Vernichtung der demokratischen Opposition begann sofort nach Hitlers Machtergreifung im Januar 1933. Die politisch Andersdenkenden waren somit die ersten Opfer des folgenden Krieges.

Der Ortsrat beauftragte in seiner Julisitzung einstimmig eine vierköpfige Arbeitsgruppe mit Vertretern aller drei Fraktionen, eine für alle akzeptable Lösung zu suchen. Die Arbeitsgruppe hat bisher zweimal getagt und sich auf dem Friedhof von Fachleuten des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge beraten lassen. Ein grundsätzliches gemeinsames Nachdenken über den Sinn, Umfang, Form und Zeitpunkt eines Mahnmals hat bisher nicht stattgefunden. Dennoch gibt es ermutigende Signale.

Die Rede des Ortsbürgermeisters anlässlich des kürzlichen Volkstrauertages lässt Hoffnung aufkommen, dass sich die Mehrheit im Ortsrat einer grundsätzlichen Erörterung des Vorhabens nicht mehr entgegenstellt. Auch Bürgermeister Dr. H. Hoppenstedt strebt einen für alle Beteiligten akzeptablen Kompromiss an.

Wir sind der Meinung, dass sich dieses Thema nicht für parteipolitische Machtspielchen eignet. 62 Jahre nach Kriegsende sehen wir vor uns eine wichtige zukunftsweisende Aufgabe, eine Aufgabe, die wir nur gemeinsam und in Übereinstimmung mit der Bevölkerung lösen wollen. Die demokratischen Parteien müssen sich dieser Aufgabe ernsthaft und wahrhaftig widmen. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.



Um diese große Aufgabe erfüllen zu können, haben wir kompetente Partner.

- Die Rede unseres ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 ist eine ergiebige Quelle, die das historische Wissen und die Erkenntnisse von 40 Jahren Geschichtsforschung bündelt.
- Seit kurzem steht uns ein neues Dokumentationszentrum in Bergen-Belsen offen.
- Der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge hat angeboten, uns bei der vor uns liegenden Aufgabe zu unterstützen. Die Schulreferentin ist bereit, Schüler- und Jugendgruppen in der Mitwirkung zu beraten.
- Von der Jugend erwarten wir vor allem Ideen, wie wir die Ächtung von Krieg und Gewalt am besten plastisch darstellen können.

Last but not least setzen wir uns nicht selber unter Zeitdruck. Lassen wir uns Zeit, damit unser gemeinsam gestaltetes Werk auch vor der nächsten Generation als nachdenkliches und vielleicht auch als richtungweisendes „Denk-Mal“ bestehen kann.

In diesem Sinne bitten wir Sie alle tatkräftig mit anzupacken. Wir könnten gemeinsam in Großburgwedel eine umfassende neue Erinnerungskultur schaffen.

Ihre Meinung wäre uns wichtig!

Rudi Gutte

### Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

VisdP: Andreas Strauch,  
Vorsitzender des SPD-OV Burgwedel,  
Hannoversche Str. 9, 30938 Burgedel.

Redaktion:

Heike Kopietz - heike.kopietz@online.de  
Axel Düker - axel.dueker@web.de

LayOut und Satz: Axel Düker

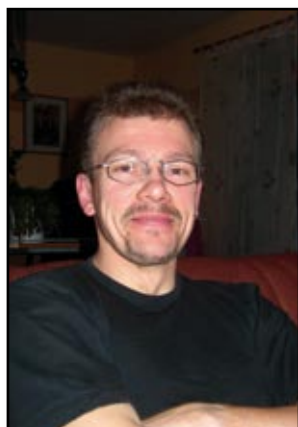
Druck: SPD-Druckerei, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover  
Auflage: 250 Exemplare

SPD OV Burgwedel im Netz: [www.spd-burgwedel.de](http://www.spd-burgwedel.de)

## Etwas bewirken

Neumitglied Carsten Möhlenbrink im Gespräch

Carsten Möhlenbrink zögert nicht, wenn es um seine Beweggründe geht, die ihn zur SPD geführt haben.



Etwas bewirken wolle er. Nur reden über das, was einen ärgert, das ist dem zupackenden gebürtigen Fuhrberger nicht genug. Seine politischen Anliegen schöpft der 39-Jährige aus eigenen persönlichen Erfahrungen.

Als gelernter Rohrleitungs- und Heizungsbauer verlief sein beruflicher Weg hin zum Brunnenbaumeister nicht geradlinig. Er hat Chancen ergriffen

sich beruflich weiterzuqualifizieren, wie sie auch anderen ArbeitnehmerInnen ermöglicht werden sollten. Für BewerberInnen mit einem Hauptschulabschluss sieht er mittlerweile geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sie ergattern kaum mehr einen Ausbildungsplatz. Das Scheitern des dreigliedrigen Schulsystems ist daher für ihn vorprogrammiert.

Neben der Bildungspolitik sieht der verheiratete zweifache Familienvater die Gleichstellungspolitik als wichtiges Thema, das die SPD vorantreiben müsse. „Für das, was meine Frau verdient, binde ich mir die Schuhe nicht mal zu“, erklärt er. Diese Ungleichbehandlung in der Bezahlung bei vergleichbaren Tätigkeiten und sich daraus ergebender mangelhafter sozialer Absicherung von Frauen empört ihn genauso wie die Diskriminierung in

## Kinder, Kinder

Untersuchungen von UNICEF zeigen, dass die Kinderarmut in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt deutlich schneller gestiegen ist als die Armutsrate in der übrigen Bevölkerung. Dem Kinderreport Deutschland 2007 zufolge sind in Deutschland 14 % der Kinder arm. Wo Bildungsarmut der Eltern, Arbeitslosigkeit und das Leben in benachteiligten Stadtteilen einhergehen, wirkt Armut für Kinder am zerstörerischsten. Gravierende gesundheitliche Schädigungen (etwa Übergewicht, motorische Störungen) sind die Folge und damit einhergehend verringerte Lebenschancen.

Wie soll das sozialdemokratische Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut aussehen? Um dieser Frage nachzugehen hat der Bundespartei Vorstand eine Kommission eingesetzt, die unter der Leitung unseres niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner steht.

Um wirksam zu helfen bedarf es einer effektiven und schnelleren Verbesserung des Kinderschutzes. Bera-

teilungsgesprächen. Den Satz „hat sich erledigt“ erhielt seine Frau Daniela während ihrer Arbeitssuche oft genug, nachdem sie erzählt hatte, dass sie zwei Kinder habe.

Nicht zuletzt für seine mittlerweile 5 und 9 Jahre alten Kinder sieht Carsten die baldige Einrichtung und den Ausbau der Ganztagschule sowie ein größeres Angebot an Hortplätzen als wichtige kommunalpolitische Aufgabe. Denn bisher seien Familien, gerade, wenn beide Elternteile arbeiteten, im Stich gelassen worden. Die Ausweitung der Kinderbetreuungszeiten unterstützt er auch deswegen so vehement, weil er erwartet, dass damit ein Umdenken in den Köpfen vieler Menschen einhergeht. Dass beide Elternteile arbeiten, sei dann nicht mehr die Ausnahme. Als Rabeneltern gälte man nicht mehr so schnell, wie er es noch derzeit immer wieder in seinem Umfeld erfährt.

Für seine Überzeugungen ist er bereit, zukünftig Verantwortung zu übernehmen. Und überzeugt hat er selbst immer wieder: „Wofür ich mich beworben hatte, wurde ich immer gewählt, ob in der Freiwilligen Feuerwehr oder als Elternvertreter“. In der Fuhrberger SPD ist Carsten mittlerweile eine feste Größe, auch bei den Stammtischtreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat. Manchmal wird er dabei von seinem Onkel begleitet. Der ist genauso wie sein Vater langjähriges SPD-Mitglied. Natürlich ist das auch ein Beweggrund: „Von Kindesbeinen an bin ich rot erzogen worden!“

*Das Gespräch führte Heike Kopietz.*

ten werden zum einen Lösungswege, die die Situation der Eltern verbessern helfen. Dies muss durch konkrete Hilfen, die den Kindern unmittelbar zu Gute kommen, ergänzt werden.



Ein gangbarer Weg zum Kinderschutz ist die Verpflichtung zu Vorsorgeuntersuchungen, in denen auch auf Anzeichen von Verwahrlosung und Misshandlung geachtet wird. Dies fordert Jüttner seit langem.

Ein Gesetzesentwurf der SPD, der diese regelmäßigen Untersuchungen vorsieht, wurde 2006 im Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

## Was ist uns die SPD wert?

### Politik kostet Geld

Als äußerst angespannt stellt sich die Finanzlage unseres Burgwedeler Ortsvereins dar. Der bevorstehende Wahlkampf wird daher auch in finanzieller Hinsicht ein Kraftakt werden. Die AbteilungskassierInnen diskutierten jüngst Einsparmaßnahmen und eine Neuordnung der Beitragsaufteilung zwischen Abteilungen und Ortsverein. Der nächsten Jahreshauptversammlung wird dies zur Entscheidung vorgelegt werden. Um jedoch das Ziel einer zumindest zufrieden stellenden Finanzsituation im Ortsverein zu erreichen, muss die Einnahmeseite gestärkt werden.

### Prüft Eure Beitragshöhe...

Daher bittet der Vorstand jedes einzelne Mitglied dringend, die Höhe der eigenen Mitgliedsbeiträge zu überprüfen und, wenn die Möglichkeit besteht, sie anzuheben. So kann jeder eine starke SPD in Burgwedel unterstützen. Dafür vielen Dank! Übrigens: Alle, die Einkommenssteuer zahlen, erhalten genau die Hälfte ihrer Beiträge und Spenden im Rahmen der Einkommenssteuer zurück.

## Immer auf dem Laufenden - Mach mit beim Newsletter



Auch wenn Burgwedel ein traditionell ziemlich schwarzes Pflaster ist: Die SPD mischt sich mit vielfältigen und bunten Ideen ein. Und die wollen wir möglichst breit kommunizieren. Ob es um Wahlkampftermine, Diskussionen mit Experten, den Frühschoppen oder andere Aktionen geht:

Immer wieder stellt sich die Frage, wie der Ortsvereinsvorstand, in dem Positionen diskutiert und Veranstaltungen auf den Weg gebracht werden, zum einen Euch als Mitglieder und zum Anderen eine breite Öffentlichkeit darüber informieren kann. „Burgwedel im Fokus“ erscheint nur zweimal im Jahr. Die Zeitungen drucken nicht alle unsere Pressemitteilungen und Einladungen versenden ist schlicht sehr teuer. Wir haben vor, diese Informationslücke zu schließen, indem wir euch demnächst einen Newsletter anbieten werden.



### Meldet Euch an...

Wer Interesse hat, den ab Januar etwa einmal im Monat erscheinenden Newsletter zu beziehen, schreibt eine kurze Mail an Heike: [heike.kopietz@online.de](mailto:heike.kopietz@online.de).

## Arbeitsgruppe Integration in Burgwedel

Bedri Özdemir wird eine Arbeitsgruppe ins Leben rufen, die sich mit dem Thema Integration in Burgwedel befasst. Fragestellungen und Themen sollen gemeinsam erarbeitet und diskutiert werden. Einige Aspekte können z.B. sein: gegenseitige Akzeptanz durch Austausch, Integration durch Bildung, gegenseitiges Respektieren, Fördern guter Nachbarschaftspflege. Alle, die dieses Projekt mitgestalten wollen, melden sich bitte bei Bedri.

Tel.: 0171-6986881

Mail: [bedrio@web.de](mailto:bedrio@web.de)

## Termine

**12.12.07: „Familien- und kinderfreundliche Wedemark“**  
Helge Zychlinski berichtet in einer parteiöffentlichen Vorstandssitzung über die Initiative „Familien- und kinderfreundliche Wedemark“ der dortigen SPD-Ratsfraktion. Wir werden sicher wichtige Impulse erhalten, wie sich auch Burgwedel in diesem Bereich weiterentwickeln kann. Im Anschluss daran stellt Bedri Özdemir sein Konzept zum Integrationsbeirat vor. Beginn: 18.30 Uhr im SPD-Haus in der Hannoverschen Straße.

### 18.12.07: Rote reden über Rote

Der Trainer und ehemalige Bundesligaprofi Dieter Schatzschneider, Regionspräsident Hauke Jagau und der SPD-Landtagkandidat Marco Brunotte kommen ins Gespräch. Um es auf den Punkt zu bringen, wenn der ehemalige 96-Profi mit den hiesigen SPD-Spitzen diskutiert: „Rote reden über Rote“ Die Moderation übernimmt Ulf-Birger Franz, Mitglied im SPD-Unterbezirks- und Bezirksvorstand. Beginn: 20.00 Uhr Hotel Kokenhof

### 4.01.08: Jubilarehrung mit Grünkohlessen

Zum traditionellen Grünkohlessen sind wieder alle Mitglieder der Burgwedeler SPD herzlich eingeladen. Marco Brunotte wird an diesem Abend die Jubilare ehren. Anmeldungen bitte bei Lothar Urban, Tel.: 05139-893689 Beginn: 20.00 Uhr im Cafe Konrad in Kleinburgwedel.

### Jeden Samstag im Januar: WAHLKAMPF

Im neuen Jahr wird jeden Samstag ein Infostand der Burgwedeler SPD an der Post in der Von-Alten-Straße bereitstehen, um für ein gutes SPD-Ergebnis bei der Landtagswahl zu kämpfen. Wer mitmachen und mitdiskutieren möchte ist herzlich willkommen.

### 03.02.08: Frühschoppen - Thema: Landtagswahl

Mit Rücksicht auf die Landtagswahl findet der nächste Frühschoppen erst im Februar statt, und zwar am 03.02.2008 zur üblichen Zeit 10.30 Uhr im SPD-Haus in der Hannoverschen Straße.